

Israel und die Radikalen

Der Einfluss der Siedlerbewegung sowie der Ultraorthodoxen auf die israelische Politik

Robert Lackner

Zusammenfassung des Referats vom 22. Jänner 2013

Obwohl durch seine Verfassung als ein Staat jüdischen Charakters definiert, kann Israel seine säkulare Tradition nicht per se abgesprochen werden. In den aktuellen Diskussionen rund um die israelischen Politik wird oftmals darauf vergessen, dass seine Wurzeln in der sozialistischen Arbeiterbewegung liegen, wobei vor allem die Gewerkschaft Histadrut in den ersten Jahrzehnten des jüdischen Nationalstaates eine prägende Rolle spielte. Diese maß, wenn sie auch nicht vollständig als radikal areligiös zu bezeichnen ist, dem orthodoxen Judentum keine größere Bedeutung zu.

In den letzten Jahren war jedoch ein starker Rechtsruck in Israel zu beobachten, auch wenn bei den Parlamentswahlen vom 22. Jänner 2013 die neu gegründete Zentrumspartei Yesh Atid zur zweitstärksten Kraft in der Knesset wurde. Der stetig wachsende Einfluss von ultraorthodoxen Fraktionen auf der einen und religiös-zionistischen Parteien, die die Siedler im Westjordanland vertreten, auf der anderen Seite verschärft dabei den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Denn vor allem letztere sprechen sich gegen eine Zweistaatenlösung aus und treten für eine Annexion der im Krieg von 1967 besetzten Gebiete ein. Es stellt sich daher die Frage, wie es dieser Minderheit, deren Anteil an der israelischen Gesellschaft gerade einmal rund 15 Prozent ausmacht, gelingt, dem säkularen Teil Israels zunehmend ihren Stempel aufzudrücken.

Grundlegend ist festzuhalten, dass es gravierende Unterschiede zwischen den beiden Gruppen gibt. Im Bezug auf die orthodoxen Juden ist zu erwähnen, dass sie prinzipiell anti-zionistisch sind, den Staat Israel also ablehnen. Gemäß ihrer

Auffassung obliegt es Gott, das Volk Israel aus dem Exil zurück in das Gelobte Land zu führen. Die Etablierung eines Nationalstaates durch den Zionismus verurteilen sie als Häresie. Dies hält sie jedoch nicht davon ab, Subventionen vom Staat anzunehmen, der die Existenz der Ultraorthodoxen im Grunde vollständig finanziert, da sich die Männer ausschließlich dem Studium der Heiligen Schriften widmen und keiner Arbeit nachgehen. Sie sind mit durchschnittlich sieben Kindern pro Familie auch die am schnellsten wachsende Bevölkerungsgruppe Israels, die derzeit rund 700.000 Mitglieder bzw. 10 Prozent der Gesamtbevölkerung umfasst.

Die Orthodoxen fordern von allen Juden einen Lebensstil, der sich strikt an der Thora orientiert, und versuchen, einen solchen auch aggressiv durchzusetzen. So gibt es in gewissen Ortschaften und Teilen von Jerusalem mittlerweile in öffentlichen Bädern oder Bussen eine Trennung von Männern und Frauen. Außerdem werden Personen, die am Sabbat einer beruflichen Tätigkeit nachgehen, angefeindet und zum Teil am Ausführen derselben gehindert. Auch wenn sich gegen diese wachsende Aggressivität langsam der Widerstand der Zivilgesellschaft regt, so arrangiert sich der Großteil der Israelis damit und geht den Orthodoxen schlicht aus dem Weg. Dies dürfte auch daran liegen, dass die Orthodoxie von der Mehrheit noch als Wurzel und damit integraler Bestandteil des Judentums angesehen wird, an deren Stellenwert nicht gerüttelt wird.

Mit der Siedlerbewegung hingegen verhält es sich anders. Diese lehnt den Staat im Gegensatz zur den Orthodoxen nicht prinzipiell ab, sondern hat mit ihm jahrzehntelang eng kooperiert. Ihre Gesinnung stützt sich auf die Lehre Abraham Isaak Kooks (1865-1935), des ersten aschkenasischen Großrabbiners im britischen Mandatsgebiet Palästina. Laut dieser ist der Zionismus keine Häresie, sondern vielmehr das Werkzeug Gottes, mit dessen Hilfe der Staat Israel errichtet wird. Dieser Überzeugung wurde vor allem nach dem Krieg von 1967 große Bedeutung geschenkt, als die Anhänger Kooks den überwältigenden, aber auch mehr als überraschenden militärischen Sieg Israels über alle seine arabischen Nachbarn als Zeichen Gottes interpretierte. Die „Kookisten“ machten sich umgehend daran, die neu erworbenen Gebiete im Westjordanland, die sie als Judäa und Samaria bezeichnen, zu besiedeln und damit die Araber als auch die internationale Staatengemeinschaft vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Bei ihrem Unterfangen wurde die Bewegung, die von da an unter dem Namen „Gush Emunim“ (Block der Getreuen) firmierte, von der Regierung unter Führung der Arbeiterpartei erst toleriert und später von der 1977 an die Macht gekommene rechts-konservativen Likud-Regierung aktiv unterstützt. Die Siedler, die dabei den Traum von „Eretz Israel“, eines Großisraels im biblischen Sinne, verfolgen, belasten seitdem den Friedensprozess, da sie sich konsequent weigern, ihre Siedlungen zu räumen und die 1967 eroberten Territorien zurückzugeben, wie die UN Resolution 242 vorsieht.

In Bezug auf die öffentliche Wahrnehmung heben die Vertreter der Siedler stets den Sicherheitsaspekt hervor. Nach ihrer Überzeugung würde ein souveränes Palästina zum Nährboden und Aufmarschgebiet für radikale Islamisten werden, die Israel jedes Existenzrecht verweigern. Damit sprechen sie vermehrt auch vielen säkulären Israelis aus der Seele, die aufgrund der bereits mehr als zwanzig Jahre andauernden Stagnation im Nahostfriedensprozess zunehmend desillusioniert sind. Auch bringt der Status Quo für den Großteil der jüdischen Bevölkerung keine Nachteile mit sich, sodass die Frage der Siedlungspolitik auf keine breite Resonanz in der israelischen Bevölkerung stößt, von einzelnen Friedens- und Menschenrechtsinitiativen abgesehen. Und letztendlich ist es gerade der Arabische Frühling und die unsichere politische Lage in den Nachbarländern, die das Verlangen vieler Israelis nach mehr Sicherheit und einer harten Haltung gegenüber den Palästinensern und insbesondere der Hamas steigert und sie damit ins Lager des rechten Flügels abgleiten lässt.